

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

2. FEBRUAR 2015

THEMEN

Reformagenda, Griechenland, Dokumentationspflichten Mindestlohn, Kalte Progression, Duale Ausbildung/Meisterbrief

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaftsflügel der Union fordert Reformoffensive	DIE WELT	Seite 2
Linnemann fordert Härte gegenüber Griechenland	Rheinische Post	Seite 4
Forderung nach früherem Abbau der kalten Progression	Frankf. Rundschau	Seite 5
Schäuble rechnet kalte Progression einfach weg	DIE WELT	Seite 6
Nahles gibt im Mindestlohn-Streit nach	Hannoversche Allg.	Seite 7
Union stemmt sich gegen Nachweispflichten	Handelsblatt	Seite 8
Andere Worte, andere Wirkung	Handwerksblatt	Seite 9

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Fragen und Anregungen zum MIT-Pressespiegel richten Sie bitte an info@mittelstand-deutschland.de

Redaktion: Alexander Schaub (Tel: 030/220798-17)

Autor: Dorothea Siems
Seite: 4
Ressort: POLITIK
Rubrik: POLITIK
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 27
Auflage: 236.400 (gedruckt) 200.854 (verkauft)
 202.984 (verbreitet)
Reichweite: 0,70 (in Mio.)

Der Wirtschaftsflügel der Union fordert von Merkel eine Reformoffensive

Regierung soll mehr Geld in die Infrastruktur investieren und Steuern senken, statt Betriebe mit immer neuen Regulierungen zu belasten

Dorothea Siems

So hatten sich die Wirtschaftspolitiker der Union den Start ins zweite Jahr der großen Koalition nicht vorgestellt. Der Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer ist auf der Zinne, weil der Mindestlohn und eine neue Arbeitsstättenverordnung immer neue bürokratische Vorschriften für die Betriebe bringen. Für Kramer ist Deutschland dabei, im Namen eines besseren Arbeitnehmerschutzes zum „Absurdistan“ zu werden. Dabei hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch im Dezember auf dem CDU-Parteitag in Köln angekündigt, nach den sozialen Wohltaten zu Beginn der Legislaturperiode nun die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund zu rücken. Jetzt müssten die Weichen „für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland“ gestellt werden, heißt es denn auch in einem Leitantrag, der von den Delegierten einstimmig beschlossen wurde und der Verbesserungen etlichen Feldern wie der Digitalisierung, der Steuerentlastung, der Zuwanderung, des längeren Arbeitens oder dem Bürokratieabbau in Aussicht stellt.

Beim Wirtschaftsflügel der Union teilt man die Kritik der Arbeitgeber. „Die bürokratischen Vorschriften zum Mindestlohn und die neue Arbeitsstättenverordnung aus dem Bundesarbeitsministerium haben viel Vertrauen im Mittelstand zerstört“, sagte der Vorsitzende der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der Union (MIT), Carsten Linnemann. Es sei deshalb „gut, dass sich Unionsfraktionschef Volker Kauder an die Spitze der Bewegung gestellt hat, die diesen Irrsinn wieder zurückdrängen will.“ Dem MIT-Chef bereiten allerdings weitere Vorhaben von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) große Sorgen. Denn die Ministerin will die

Regeln für Werkverträge und Zeitarbeit verschärfen, wie dies die Gewerkschaften seit langem fordern. „Werkverträge und Zeitarbeit sind wichtige Instrumente, die nicht durch neue Regulierungen kaputt gemacht werden dürfen“, warnt Linnemann.

Die hiesigen Unternehmen profitieren derzeit von einem schwachen Euro und dem niedrigen Ölpreis. Denn beide Effekte machen deutsche Güter im internationalen Wettbewerb günstiger. Doch warnen Ökonomen vor Selbstzufriedenheit. Denn nicht nur wegen der raschen Alterung der Bevölkerung ist das Wachstum langfristig keineswegs ein Selbstläufer.

Der Wirtschaftsflügel der Union fordert deshalb eine neue Reformagenda von der Bundesregierung. „Die Wirtschaftspolitik muss jetzt endlich gegenüber der Sozialpolitik in den Vordergrund gerückt werden“, mahnt der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. 2015 sei für die große Koalition das entscheidende Jahr. Weil im kommenden Jahr acht Landtagswahlen anstünden und erfahrungsgemäß in Wahlkampfzeiten das Klima für Reformen schlecht sei, bleibe der Koalition nicht mehr viel Zeit, um wirtschaftspolitische Maßnahmen in Angriff zu nehmen. „Bis zur Sommerpause sollten wichtige Pflöcke eingeschlagen werden“, sagt Steiger.

Ganz oben auf der Wunschliste der CDU-nahen Wirtschaftsvereinigung steht die Energiepolitik. „Gabriel muss umgehend ein Konzept vorlegen, denn die Unternehmen brauchen Planungssicherheit.“ Die Zustimmung der Verbraucher und Unternehmen für die Energiewende sei wegen der offensichtlichen Fehlentwicklungen schon dramatisch gesunken, kritisiert Steiger. Es

mache keinen Sinn, dass im Norden immer mehr Windräder aufgestellt würden, der Strom aber nicht bis in den Süden komme, wo die Kernkraftwerke abgeschaltet würden. Überdies gehören nach Ansicht des Generalsekretärs des Wirtschaftsrats die Klimaziele auf den Prüfstand. Denn Deutschland könne unmöglich gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohle aussteigen. Die Kohle brauche deshalb politische Sicherheit als wichtiger Energieträger. Da sollte die SPD mehr auf vernünftige Gewerkschafter wie den IG-BCE-Chef hören, empfiehlt Steiger. Dringend nötig sei außerdem eine Investitionsoffensive. 35 Milliarden Euro müssten für den Bau und die Sanierung von Straßen und Brücken, aber vor allem auch für den raschen Ausbau der digitalen Infrastruktur aufgewendet werden. Dafür müsse man auch privates Kapital mobilisieren, sagt Steiger.

Den Betrieben bereitet zudem der zunehmende Fachkräftemangel zunehmend Probleme. 400.000 qualifizierte Mitarbeiter fehlen derzeit. Bis 2020 droht diese Lücke auf über sechs Millionen anzuwachsen. Vor diesem Hintergrund hatte CDU-Generalsekretär Peter Tauber zu Jahresbeginn eine Debatte über ein Zuwanderungsgesetz angestoßen, war damit jedoch in der Parteitipitze auf Ablehnung gestoßen. „Die von CDU-Generalsekretär Peter Tauber angestoßene Debatte über ein Zuwanderungsgesetz darf nicht im Keim erstickt werden“, sagt MIT-Chef Linnemann. „Der Fachkräftemangel wird künftig besonders für die Familienunternehmer auf dem Land zum Problem.“ Man müsse also darüber reden, welche Regelungen verbessert, mindestens aber transparenter gestaltet werden könnten, damit diesen Unternehmen nicht die

Mitarbeiter ausgingen, fordert der Mittelstandspolitiker. Zudem sollte man in der Debatte nicht nur die Arbeitskraft in den Blick nehmen, sondern den Menschen selbst. „Wer zu uns kommen möchte, muss sich mit unserem Land und unserer Rechtsordnung voll identifizieren können. Was wir letztlich brauchen, ist mehr Vertrauen in unser Zuwanderungssystem. Denn daran mangelt es offenkundig noch“, so Linne-

mann. Der CDU-Wirtschaftsrat wirbt dafür, die Zuwanderung wie in Kanada mit einem Punktesystem zu steuern. Deutschland brauche mehr qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland, aber keine Einwanderung in die Sozialsysteme, sagt Steiger.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) lobte er für die schwarze Null im Bundeshaushalt. Der ausgeglichene Haushalt habe auch künftig Priorität.

„Doch es ist an der Zeit, den Bürgern etwas zurückzugeben.“ Linnemann sieht das genauso: „Die Abschaffung der kalten Progression darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das Gleiche gilt für den Solidaritätszuschlag.“ Denn die Leistungsanreize müssten stimmen.

Wörter:

808

Urheberinformation:

© Axel Springer SE

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: Online 31.01.2015, 13:18 Uhr

Nummer: 1100447744

Gattung: Online-Quelle

Weblink: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/carsten-linnemann-fordert-haerte-gegenueber-griechenland-aid-1.4839609>

Linnemann fordert Härte gegenüber Griechenland

Berlin. Der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, hat die Bundesregierung zu einer harten Haltung gegenüber Griechenland aufgefordert. "Ich unterstütze die harte Haltung von Finanzminister Schäuble, der die Einhaltung von Zusagen fordert", sagte Linnemann unserer Redaktion.

"Ansonsten droht eine Sogwirkung auf Staaten wie Spanien und Portugal. Für sie läge es dann nahe, sich ebenfalls vom Reformprogramm zu verabschieden", warnte Linnemann. "Damit wird eins immer deutlicher: Uns fehlt ein Mechanismus, wie mit Staaten umzugehen ist, die ihre Auflagen nicht erfüllen können oder wollen", forderte der CDU-Politiker. "Die Währungsunion braucht dringend eine zweite Säule: die Insolvenzordnung für Staaten", sagte er.

Derweil hat das Bundesfinanzministerium einen Bericht des "Spiegel" zurückgewiesen, wonach die Regierung zu einem weiteren Hilfsprogramm für Griechenland bereit sei. "Das trifft nicht zu", sagte ein Sprecher des Ministeriums am Samstag der Nachrichtenagentur AFP. Die Frage nach einem weiteren Unterstützungspaket "stellt sich derzeit gar nicht". Zunächst müsse ohnehin das laufende zweite Hilfsprogramm für das Land abgeschlossen werden.

Der "Spiegel" hatte unter Berufung auf Berliner Regierungskreise berichtet, das neue Rettungspaket müsse ein Volumen

von bis zu 20 Milliarden Euro haben, weil die griechischen Steuereinnahmen einbrächen und Privatisierungen ausblieben. Der Sprecher des Finanzministeriums sagte dazu, die von dem Magazin genannten Zahlen seien "völlig spekulativ".

Tsipras startet Rundreise durch Europa
Unterdessen will der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras bereits in der kommenden Woche vor allem südeuropäische Staaten besuchen, um seine Vorschläge zur Lösung der griechischen Schuldenkrise zu präsentieren. Tsipras wird am Mittwoch nach Paris zu einem Treffen mit dem französischen Präsidenten François Hollande reisen. Dies erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus Regierungskreisen am Samstag. Am Vortag war es in Athen zu einem Eklat zwischen Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem und dem griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis gekommen. Athen werde nicht mehr mit der "Troika" der Spar-Kontrolleure zusammenarbeiten, erklärte der griechische Finanzminister. Nach dpa-Inforna-

tionen bereitet Athen nun ein eigenes Spar- und Reformprogramm vor. Dies werde alle Seiten zufriedenstellen, hieß es aus Regierungskreisen in Athen am Samstag.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte dem "Hamburger Abendblatt", sie rechne mit neuen Vorschlägen aus Athen: "Wir, also in Deutschland und die anderen europäischen Partner, warten jetzt erst einmal ab, mit welchem Konzept die neue griechische Regierung auf uns zukommen wird." Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sprachen sich dabei erneut gegen einen weiteren Schuldenschnitt aus.

Tsipras' "Roadshow" bei den Euro-Partnern startet am Montag (2.2.) mit einem Besuch auf Zypern. Anschließend ist am Dienstag ein Treffen mit dem italienischen Regierungschef Matteo Renzi in Rom geplant. Tsipras hat auch ein Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beantragt.

Wörter: 412

Seite: Online 28.01.2015, 08:08 Uhr

Nummer: 1097201246

Gattung: Online-Quelle

Weblink: <http://www.fr-online.de/politik/forderung-aus-union-nach-frueherem-abbau-der-kalten-progression,26577298,29683078.html>

Forderung aus Union nach früherem Abbau der kalten Progression

Berlin -

Die wieder etwas besseren Konjunkturschätzungen lassen in der Union die Forderung nach einem schnelleren Vorgehen gegen die kalte Progression laut werden.

«Es ist das Gebot der Stunde, die Bürger so rasch wie möglich von den heimlichen Steuererhöhungen zu befreien», sagte der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, der «Rheinischen Post». Wegen der guten Ausgangslage «sollte ein Einstieg in den Abbau nicht erst 2017 erfolgen, sondern bereits 2016».

Die Bundesregierung erwartet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht, den Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) heute in Berlin vorlegt, für dieses Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent. Noch im Herbst hatte sie ihre Schätzung von 2,0 auf 1,3 Prozent zurückgenommen.

Wegen der geringen Inflation gibt es

laut Bundesfinanzministerium nur geringe negative Auswirkungen durch die kalte Progression für die Steuerzahler. So steht es im neuen Steuerprogressionsbericht, über den das Kabinett an diesem Mittwoch ebenfalls beraten will. Für die Union ist das ein Argument mehr, die kalte Progression rasch zu korrigieren. «Die Ausgangslage zum Abbau der kalten Progression war nie günstiger als heute», sagte Linnemann. Die kalte Progression - häufig als heimliche Steuererhöhungen bezeichnet - entsteht, wenn ein Lohnplus durch die Kombination aus steigendem Steuertarif und Inflationsrate letztlich aufgezehrt wird und die Kaufkraft nicht steigt.

Das Bundesfinanzministerium rechnet nach einem Bericht der «Passauer Neuen Presse» bis auf weiteres nicht mit größeren Zusatzbelastungen für Steuer-

zahler durch die kalte Progression. So werde laut Steuerprogressionsbericht bei einer Inflationsrate von einem Prozent das Volumen der zusätzlich entstehenden kalten Progression 2015 und 2016 jeweils weniger als eine Milliarde Euro betragen. Für jeden Steuerpflichtigen ergebe sich 2015 eine durchschnittliche Mehrbelastung von 17 Euro, 2016 seien es 20 Euro.

Die Grünen-Steuerexpertin Lisa Paus forderte daher in der «Neuen Osnabrücker Zeitung», statt weiter über den Abbau der kalten Progression zu streiten, sollte die Koalition besser Familien und Alleinerziehende entlasten. «Die verschleppte Erhöhung des Kindergelds für 2014 muss sofort nachgeholt werden», sagte Paus. (dpa)

Abbildung:

Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Foto: Michael Kappeler/Archiv Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Foto: Michael Kappeler/Archiv.

Wörter:

334

Autor: Martin Greive
Seite: 5
Ressort: POLITIK
Rubrik: POLITIK
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 25
Auflage: 236.400 (gedruckt) 200.854 (verkauft)
 202.984 (verbreitet)
Reichweite: 0,70 (in Mio.)

Schäuble rechnet die kalte Progression einfach weg

Für den Minister geht es nur um wenige Euro. Dahinter steckt ein Rechentrick, in Wahrheit geht es um Milliarden

Martin Greive

Für Wolfgang Schäuble ist die kalte Progression keine große Sache. Die Diskussionen über die schleichenden Steuererhöhungen seien mehr eine Scheindiskussion als ein reales Problem, findet er. Seit Monaten wird der Finanzminister nicht müde zu betonen, wie gering der Effekt der schleichenden Steuererhöhungen sei. Und der neue Progressionsbericht aus seinem Haus scheint ihm recht zu geben: Danach existiert die kalte Progression faktisch gar nicht. Ein paar Tassen Kaffee, mehr würde eine Absenkung den Steuerzahlern nicht bringen.

Für all jene, die Steuersenkungen ablehnen, war das ein gefundenes Fressen. „In Zeiten der Nullinflation gibt es auch keine kalte Progression“, teilten die Grünen mit. Und neunmalklugen Kommentatoren ließen wissen, dass Anhänger eines Abbaus das Prinzip der schleichenden Steuererhöhungen entweder nicht verstanden hätten – oder ihnen die Faktenlage schlichtweg egal sei. Wolfgang Schäuble kann man zu diesem Coup nur gratulieren. Der Finanzminister will sein Geld zusammenhalten und hat kein Interesse an größeren Steuersenkungen. Entsprechend ist sein Bericht geschrieben. Mit ihm hat er große Teile der Öffentlichkeit erfolgreich hinter die Fichte geführt. Denn die kalte Progression hat sehr wohl Auswirkungen: 24 Milliarden Euro wanderten in den Jahren von 2010 bis 2014 über den Effekt vom Steuerzahler auf das Staatskonto.

Ziemlich viele Tassen Kaffee hätten sich die Steuerzahler davon gönnen können. Aber der Reihe nach. Laut dem Bericht des Finanzministeriums betrug der Effekt der kalten Progression im Jahr 2013 läppische 16 Euro. Im vergangenen Jahr haben die Erhöhung des Grundfreibetrags und die niedrige Inflationsrate den Effekt der kalten Progression überkompensiert. Die Belastung für die Bürger war: null.

Denn die kalte Progression bezeichnet den Effekt, wenn ein Arbeitnehmer bei einer Gehaltserhöhung in Höhe des Inflationsausgleichs wegen des progressiven Steuertarifs am Ende womöglich weniger in der Tasche hat als vorher. Je niedriger die Inflation ist, desto geringer schlägt die kalte Progression zu. Das gilt auch für die kommenden Jahre, für die eine niedrige Inflationsrate erwartet wird, wie das Finanzministerium vorrechnet. Soweit, so richtig.

Nur betrachtet das Finanzministerium den Effekt der kalten Progression erst ab dem Jahr 2013. Letztmals wurden die Steuertarife aber im Jahr 2010 an die Inflation angepasst. Und die Beamten Schäubles berechnen immer nur die Belastungen, die von einem Jahr auf andere entstehen. Das aber ist eine Milchmädchenrechnung. Denn der Effekt häuft sich über viele Jahre an. Je länger die letzte Tarifanpassung zurückliegt, desto größer wird der Berg der kalten Progression, den die Steuerzahler vor sich herschieben.

Einzig aussagekräftig wäre eine Rechnung, die seit der letzten Tarifanpas-

sung im Jahr 2010 ansetzt, abzüglich der Erhöhung der Grundfreibeträge in 2013 und 2014. Das IW Köln hat das bereits Ende vergangenen Jahres in einer Studie getan, über die die „Welt“ berichtet hatte. Herauskam ein Effekt von 24 Milliarden Euro. Wohl gemerkt: Diese Rechnung basiert nicht auf irgendwelchen Annahmen, sondern auf Tatsachen. Wer diesen Zahlen nicht glaubt, kann zusätzlich im Gutachten des Sachverständigenrates nachschlagen: Demnach ist die Belastung für mittlere Einkommen durch die kalte Progression am höchsten.

Für Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 50.000 Euro im Jahr 2014 betrug die jährliche Belastung seit der letzten Tarifanpassung 772 Euro. „Eine Korrektur des Tarifs ist somit mittlerweile überfällig“, schreibt der Rat.

Diese Einschätzung müssen die Gegner eines Abbaus der kalten Progression nicht teilen. Man kann Investitionen in Bildung und Infrastruktur für wichtiger halten. Man kann der Sanierung des Staatshaushalts den Vorzug geben. Man kann argumentieren, die Steuerbelastung in Deutschland ist im internationalen Vergleich nicht übermäßig hoch. Man kann auch der Auffassung sein, die kalte Progression müsse nicht seit der letzten Tarifanpassung, sondern nur über einen kleineren Zeitraum abgemildert werden. Nur eines, das kann man nicht: Sagen, die kalte Progression existiere nicht. Wer das behauptet, ignoriert schlichtweg die Faktenlage.

Wörter: 622
Urheberinformation: © Axel Springer SE

Autor: Von Gabi Stief
Seite: 11
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 139.044 (gedruckt) 127.088 (verkauft)
 130.312 (verbreitet)
Reichweite: 0,35 (in Mio.)

Nahles gibt im Mindestlohn-Streit nach

Ausländische Spediteure müssen bei Transitfahrten vorerst keinen 8,50-Euro-Stundenlohn zahlen

Berlin. Nach Protesten gegen den Mindestlohn für durchreisende Lkw-Fahrer aus Osteuropa lenkt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein. Vier Wochen nach dem Start setzte die Ministerin die gesetzliche Regelung bis zur Klärung aller europarechtlichen Fragen aus. Sie verstehe dies als "Zeichen guter Nachbarschaft", sagte Nahles am Freitag nach einem Gespräch mit ihrem polnischen Amtskollegen Władysław Kosiniak-Kamysz in Berlin. Bereits vor zehn Tagen hatte die EU-Kommission aufgrund von Beschwerden aus Polen und Tschechien ein sogenanntes Pilotverfahren zur Überprüfung der europaweit einmaligen deutschen Mindestlohnregelung für Fernfahrer eingeleitet. "Für den Augenblick sind wir zufrieden", sagte Arbeitsminister Kosiniak-Kamysz gestern in Berlin.

Das Moratorium, mit dem Nahles "den geeigneten Rahmen für klärende Gespräche" schaffen will, beschränkt sich auf Transitfahrten. Rund eine Mil-

lion gibt es jeden Tag auf deutschen Straßen. Den osteuropäischen Spediteuren wurde nun zugesagt, dass vorerst keine Kontrollen des Zolls stattfinden und Ordnungswidrigkeitsverfahren ausgesetzt werden. Zudem entfallen die Aufzeichnungspflicht und die Meldeaufgaben, die den Transportunternehmen vorschreiben, den deutschen Behörden im Voraus ihre Fahrpläne vorzulegen.

Nahles stellte klar, dass das Gesetz in allen anderen Fällen in Kraft bleibt: Sobald ausländische Lkw-Fahrer nicht durchreisen, sondern Ware in Deutschland entladen oder Ware aufnehmen, muss der Mindeststundenlohn von 8,50 Euro gezahlt werden. Auch für sogenannte Kabotagefahrten, inländische Transportfahrten von ausländischen Spediteuren, gilt die deutsche Regelung.

Der Streit beschäftigt seit Tagen auch die Verkehrspolitik. Mitte der Woche berichtete EU-Verkehrskommissarin Violetta Bulc in einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses in Berlin über ihre Pläne zur Bekämpfung von Sozialdumping in der Transportbranche. Die SPD warnte anschließend, dass ohne die Min-

destlohnregel der gnadenlose Unterbietungswettbewerb nicht zu bremsen sei.

Während sich Vertreter der polnischen Regierung am Freitag zufrieden über die Berliner Entscheidung äußerten, kritisierten tschechische Spediteure die Maßnahme als nicht weitgehend genug. Ein Sprecher des Branchenverbands Cesmad Bohemia forderte eine zusätzliche Aussetzung des Mindestlohn bei Fahrten von und nach Deutschland. Deutschland sei Tschechiens wichtigster Handelspartner. Der deutsche Mindestlohn sei viermal so hoch wie der tschechische Mindestlohn und doppelt so hoch wie der Durchschnittslohn.

Die CSU, die ebenso wie der Wirtschaftsflügel der CDU seit einer Woche den bürokratischen Aufwand bei der Umsetzung des Mindestlohns anprangert, verlangte weitere Nachbesserungen. Die Zollgewerkschaft forderte daraufhin die CSU auf, diese Debatte endlich zu beenden. Es sei nicht hinnehmbar, Zollbeamte, zuständig für die Mindestlohn-Kontrolle, als "Störenfriede" der Wirtschaft abzustempeln.

Abbildung: Rund eine Million Transferfahrten gibt es täglich auf deutschen Straßen. Auch im Stau auf der Hamburger Köhlbrandbrücke dürften Fahrer stehen, die keinen Mindestlohn bekommen.

Abbildung: "Für den Augenblick zufrieden": Andrea Nahles und Władysław Kosiniak-Kamysz.

Wörter: 411

Autor: Delhaes, Daniel
Seite: 008

Nummer: 019
Auflage: 121.829 (gedruckt) 116.498 (verkauft)
 121.850 (verbreitet)

Ressort: Wirtschaft & Politik
Gattung: Tageszeitung

Reichweite: 0,48 (in Mio.)

MINDESTLOHN

Union stemmt sich gegen Nachweispflichten

Die CDU CSU-Fraktion will kurzfristig Korrekturen durchsetzen - damit droht ein Koalitionskrach.

Daniel Delhaes Berlin.

Union und SPD steuern auf einen Koalitionsstreit zu. Die CDU CSU-Bundestagsfraktion hat am Dienstag einstimmig einen Antrag des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) beschlossen. Danach sollen die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn nur bis zu einem Monatsgehalt von 1 900 Euro gelten. Die Grenze liegt derzeit bei 2 958 Euro. Für Minijobber sollen sie ganz entfallen, wenn der Arbeitsvertrag Arbeitszeit und Lohn eindeutig regelt.

Die Fraktion positioniert sich damit gegen die SPD, die wie Arbeitsministerin Andrea Nahles und die Gewerkschaften darauf pocht, die Arbeitszeiten genau aufzuzeichnen. Dies soll garantieren, dass Unternehmen auch Minijobbern den Mindestlohn zahlen, und dieser auch in Branchen, in denen die Gefahr der Schwarzarbeit hoch ist, entrichtet wird.

"Es geht nicht darum, das Gesetz rückabzuwickeln", sagte Fraktionschef Volker Kauder, sondern um die "überbordende Bürokratie". Auch Kanzlerin Angela Merkel habe sich in der Fraktionssitzung dafür ausgesprochen, hieß es. Der Aufwand für Unternehmen solle "rückwirkend" sinken, erklärte PKM-Chef Christian von Stetten. Dazu solle Nahles eine Verordnung vorlegen, die "bereits kommende Woche im Kabinett beschlossen werden könnte."

Den Antrag muss der Bundestag beschließen. **"Ich erwarte, dass wir uns in der Koalition rasch zusammensetzen und nicht die nächsten Wochen verstreichen lassen", sagte der Mittelstandspolitiker der Unionsfraktion, Carsten Linne-**
mann. In der Fraktion hieß es, es werde einen "veritablen Koalitionskrach geben", wenn der Antrag nicht vom SPD-geführten Ministerium umgesetzt werde und die Unternehmer so von

Bürokratie entlastet würden.

In der SPD-Fraktion sieht man dem Krach gelassen entgegen: "Die Union muss aufpassen, dass sie sich nicht lächerlich macht, wenn sie drei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes so tut, als wusste sie vorher nicht, was drinsteht", sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Katja Mast. Die Dokumentationspflichten seien mit der Union abgestimmt.

Die CDU CSU kann allerdings auf Merkels Wort zählen. Die Kanzlerin hatte versprochen, "kleineren Unternehmen das Leben nicht zu einer dauerhaften bürokratischen Herausforderung" zu machen.

Wörter: 328

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2015: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Andere Worte, andere Wirkung

Der Dezember des vergangenen Jahres war ein guter Monat für den Großen Befähigungsnachweis. Im Deutschen Bundestag haben sich die Abgeordneten mehrheitlich für den Meisterbrief starkgemacht. Dieser Qualifikationsnachweis sei das Fundament für wirtschaftlichen Erfolg und ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Würde man in den Telegrammstil verfallen, reihten sich die Lobpreisungen aneinander: Perspektive für junge Menschen, Garant für Fachkräftesicherung, Vorzeigemodell für Europa, geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, volkswirtschaftliche Stabilität. Der gemeinsame Antrag von CDU/CSU und SPD liest sich wie eine Lobrede auf den Meisterbrief und das Handwerk. Die Opposition wollte bei diesem Kurs nicht großartig gegensteuern. Ein paar Sticheleien kamen, da der Antrag in einigen Passagen den Argumenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks gleiche. Ja, und? Wer richtige Fakten aufnimmt, wird nicht zum Plagiator. Interessanter war schon, dass es sich eine Partei nicht nehmen ließ, auf die fatalen Folgen der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 hinzuweisen, die seinerzeit von Grünen und Sozialdemokraten auf den Weg gebracht worden war. Qualifizierungsanforderungen waren gestrichen worden, wie etwa bei den Fliesenlegern. Aber nicht nur in diesem Gewerk hatte das fatale Folgen für die Ausbildungsquote und den Verbraucherschutz. Löblich, dass nun auch Selbstkritik bei den anwesenden Politikern zu hören war. Die CDU hat auf ihrem Kölner Parteitag im Dezember in der Diskussion um den Meisterbrief noch einmal nachgelegt. **In einem Antrag hatte der EU-Parlamentarier Markus Pieper sich klar zum Handwerk positioniert, der Antrag wurde angenommen.** In diesem wird vom „Meisterbrief als qualifikationsgebundenem Berufs- und Gewerbezugang“ gesprochen, eine Formulierung, die semantisch treffsicherer ist als die Formulierung „sogenannte reglementierte Berufe“. Wörtlich heißt es: „Wir lehnen jedoch eine Politik ab, die darauf abzielt, sinnvolle und bewährte Berufszulassungsvoraussetzungen pauschal abzuschaffen. In diese Richtung zielende Vorhaben unterstützen wir nicht. Die Transparenzinitiative darf nicht dazu führen, den qualifikationsgebundenen Gewerbezugang in bestimmten Berufen in Europa als Markteintrittshindernis zu bewerten.“ Bravo, möchte man rufen. Was der Opposition im Bundestag an weiterführend Konzeptionellem noch fehlte, formuliert nun die Union: Die Überprüfung durch die Transparenzinitiative müsse dazu führen, echte Binnenmarkthindernisse zu identifizieren und abzuschaffen. „Berufszulassungsvoraussetzungen zählen nicht dazu. Es ist ein Irrtum zu glauben, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit ließe sich durch ein Weniger an Qualifikation und Know-how erreichen.“ Dieser Argumentationslinie waren auch einige Parlamentarier in der Bundestagsdebatte gefolgt. Warum soll etwas abgeschafft und infrage gestellt werden, was seit Jahrzehnten als derart erfolgreich belegt ist. Das mag banal klingen, muss aber immer wieder und wieder vorgebracht werden. Und eines steht fest: Europa hat ganz andere Probleme.

RG